



GRÜNE fordern vom künftigen OB Gerich ein offensiveres Eintreten



„Auch in Wiesbaden leiden die Bürgerinnen und Bürger unter dem zunehmenden Fluglärm, deshalb ist es notwendig, dass sich die Stadt endlich konsequent für Lärmreduzierung stark macht.“

Die Sicherung der Nachtruhe durch ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ist hierbei ein wichtiger Baustein“, erklärte die Vorsitzende der GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion, Christiane Hininger.

Sie begrüßt deshalb die Initiative der Oberbürgermeister aus Frankfurt, Mainz, Hanau und Offenbach. Auch die übrigen Forderungen der vier SPD-Politiker, u.a. Festsetzung einer Lärmobergrenze und Bürgerbeteiligung bei der Festlegung von Flugrouten, entsprächen den Positionen der GRÜNEN.

„Leider sieht es derzeit so aus, als wolle der künftige Wiesbadener SPD-OB Gerich die Tradition seiner beiden CDU-Amtsvorgänger Hildebrand Diehl und Helmut Müller fortführen und die Interessen der fluglärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger nachrangig behandeln“, so Hininger weiter.

Anders könne seine Weigerung, sich der Initiative der vier OBs anzuschließen, nicht interpretiert werden. „Das bedeutet aber, Wiesbaden bleibt weiter beim Engagement der Region gegen den Fluglärm im Abseits.“

Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Ronny Maritzen (GRÜNE), sieht in Gerichs Hinweis darauf, dass er derzeit keine rechtlichen Möglichkeiten sehe, das Nachtflugverbot auszuweiten, nur ein Ausweichen. „Die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass ihr künftiger OB eine klare politische Aussage zu seinen Zielen und den Notwendigkeiten im Kampf gegen den Fluglärm macht.“

Für ein Stadtoberhaupt müssen die Interessen der Wiesbadener im Vordergrund stehen, nicht der Dank an die Landespartei für ihre Unterstützung im Wahlkampf, so die GRÜNEN abschließend.

Christiane Hinninger - Ronny Maritzen - Frank Schuster